



Denkend fühlen

Vor fünf Jahren starb Christa Wolf.
Ein Band Briefe erzählt ihr Leben. Seite 14

Foto: imago/teutopress

Bunter Empfang für Trump

Breites Bündnis plant Proteste gegen
G20-Gipfel in Hamburg. Seite 18

Nicht gleich abheben!

Beim BER heißt fertig unfertig
und vorzeitig zu spät. Seite 9

Foto: imago/Stefan Zeitz

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 30. November 2016

71. Jahrgang/Nr. 280

Bundesausgabe 1,80 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Außer Kontrolle

Aert van Riel über den Umgang mit deutschen Geheimdiensten

Man gewinnt einmal mehr den Eindruck, als sei die Opposition im Bundestag aus Sicht von Union und SPD lediglich lästiges Beiwerk. Ihre Kontrollfunktion soll so weit wie möglich eingeschränkt werden. Jüngstes Beispiel hierfür ist der Streit um den Vorsitz im Parlamentarischen Kontrollgremium (PKGr). Dieser steht eigentlich bald der Linksfraktion zu, doch die Union will per Geschäftsordnungsänderung erreichen, dass sie den Posten nicht abgeben muss. Große Möglichkeiten hat das PKGr ohnehin nicht, weil die Mitglieder zur Verschwiegenheit verpflichtet sind, aber sicher ist sicher. Für die Regierungsparteien ist es entscheidend, dass sie die Zügel in der Hand halten. Ebenso zu bewerten ist die baldige Installation eines Ständigen Bevollmächtigten des Kontrollgremiums durch die Koalitionsfraktionen. Er wird wohl an Informationen herankommen, die den Mitgliedern des Gremiums vorenthalten bleiben.

Dabei wäre zumindest eine schärfere Kontrolle der Geheimdienste geboten. Auch für deren Abschaffung gibt es gute Gründe, wenn man etwa die Verstrickungen des Verfassungsschutzes in die Mordserie des NSU sowie die Überwachungsaffäre um NSA und BND betrachtet. Zu diesen Skandalen konnten parlamentarische Untersuchungsausschüsse eingerichtet werden, deren Arbeit allerdings oft behindert wurde. Zusätzlich sind präventive Maßnahmen notwendig. Doch diese werden ausbleiben, solange die Opposition hierfür nicht die rechtliche Grundlage erhält.

UNTEN LINKS

Methodisch hat der organisierte Arbeitnehmer über die Jahrhunderte so ziemlich alles abgegrast, was möglich ist, um sich als relevantes Zahnrad im Produktionsgetriebe zu erhalten. Boykotte, Blockade, Bummelstreik. Kennen wir alles, aber noch viel wichtiger: Kennt der Arbeitgeber auch. Es ist längst an der Zeit, strategisch umzudenken. Arbeitskampf 5.0 oder so. Noch wissen wir nichts Genaues, aber was wäre, wenn wir am Sonntag erlebt haben, wozu die Chefdenker beim DGB in der Lage sind? 900 000 Telekomkunden ohne Internet – und die Russen sind dieses Mal nicht Schuld. Der Hackerangriff, angeblich stümperhaft ausgeführt, trifft die unaufhaltsam voranschreitende Digitalisierung an ihrem wunden Punkt: Blackout. Dass die Maschine den Menschen als Arbeitskraft ersetzen wird, ist kein Fatalismus mehr. Wir erleben gerade erste Versuche, das Schicksal des Arbeiters, der sich selbst überflüssig macht, noch abzuwenden. Das Gewerkschafts-Imperium schlägt zurück. cod

Fiasko für Rebellen in Aleppo

16 000 Menschen konnten aus umkämpften Vierteln der syrischen Stadt fliehen



Die syrische Flagge weht seit Montag über dem, was von Aleppos Viertel Bustan al-Basha blieb. Foto: AFP/George Ourfallan

Berlin. Aleppo bleibt der Brennpunkt des syrischen Krieges. Am Dienstag mussten sich die Rebellen angesichts der Offensive der Regierungarmee weiter zurückziehen. Nach Einschätzung von Oppositionellen im Exil haben die syrischen Aufständischen bzw. die dschihadistischen Söldner aus dem Ausland damit »die schwerste Niederlage seit 2012« erlitten, zitiert AFP den Leiter der oppositionsnahen Beobachtungsstelle in London, Rami Abdel Rahman.

Um weitere Kämpfe innerhalb der Stadt zu vermeiden, hat die syrische Armee dem Vernehmen nach abzugswilligen Regierungsgegnern erneut einen Korridor nach Südwesten in die noch von ihnen beherrschte Stadt Idlib offen gelassen. Davon scheint Gebrauch gemacht worden zu sein. Erneut wurde somit Tausenden Zivilisten, die freiwillig oder unfreiwillig im Rebellengebiet waren, die Flucht in nicht umkämpfte und unter Regierungskontrolle stehende Viertel Aleppos ermöglicht.

Bis zu 16 000 Menschen seien aus den Rebellengebieten geflohen, teilte der UN-Direktor für Humanitäre Hilfe, Stephen O'Brien, am Dienstag mit. UN-Sprecher Stéphane Dujarric rief die Konfliktparteien dennoch ein weiteres Mal eindringlich auf, ihre Angriffe auf Zivilisten in Aleppo zu beenden. Bereits am Vorabend hatte die UNO in New York »alle Konfliktparteien« aufgerufen, die »willkürlichen Bombardierungen einzustellen«, Zivilisten und zivile Infrastruktur zu verschonen.

Frankreich, bisher in Europa der entschiedenste Gegner des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad, reicht das nicht. Der Pariser Außenminister Jean-Marc Ayrault forderte angesichts der »humanitären Katastrophe« in der syrischen Stadt eine »sofortige« Sitzung des UN-Sicherheitsrats und ein Ende der Kampfhandlungen. roe

Seite 3

Niederlande verbieten Burkas

Große Mehrheit im Abgeordnetenhaus

Den Haag. In den Niederlanden werden Burkas in öffentlichen Gebäuden verboten. Das Parlament in Den Haag stimmte am Dienstag nach monatelangen Diskussionen mit großer Mehrheit einem entsprechenden Gesetzentwurf zu. Danach dürfen Ganzkörperschleier (Burkas) und Gesichtsschleier (Nikabs) nicht mehr in staatlichen Gebäuden, im öffentlichen Nahverkehr, Schulen und in Krankenhäusern getragen werden, wie der Vorsitzende des Abgeordnetenhauses, Khadija Arib, verkündete. Bei einem Verstoß droht eine Geldstrafe von bis zu 400 Euro. Die Erste Kammer des Parlaments muss dem Gesetzesvorschlag noch zustimmen. Wann das Verbot in Kraft tritt, ist noch nicht bekannt. Die Koalition aus Rechtsliberalen und Sozialdemokraten hatte diesen Schritt bereits vor vier Jahren angekündigt. Das höchste niederländische Gericht sprach sich dagegen in einer Empfehlung gegen ein solches Verbot aus. In den Niederlanden gibt es nach Schätzungen der Regierung rund 100 muslimische Frauen, die eine Burka oder einen Nikab tragen. Agenturen/nd

Kommentar Seite 4

Kampagne für ein soziales Europa

Sozialdemokraten und Gewerkschaften schließen Pakt

Wien. Sozialdemokraten und Gewerkschaften dringen angesichts des Erfolgs der Rechtspopulisten auf einen spürbaren wirtschafts- und sozialpolitischen Kurswechsel in der EU. Künftig müsse die EU sich wieder viel stärker um sichere Arbeitsplätze und gute Lebensbedingungen kümmern, sagte SPD-Chef Sigmar Gabriel am Dienstag in Wien.

Die Sozialdemokraten Deutschlands, Österreichs und Schwedens sowie Gewerkschaften dieser Länder beschlossen einen »Europäischen Pakt für sozialen Fortschritt«. »Wir brauchen ein Europa der Menschen und nicht nur des Marktes«, heißt es in dem Papier. Es soll Grundlage für eine »soziale Säule« in den nächsten EU-Verträgen sein.

»Mit der Binnenmarktidee sind wir an die Grenzen gestoßen«, meinte Gabriel. Die Konkurrenz und der Anpassungsdruck erzeuge bei vielen Menschen vor allem Angst. »Die Reaktion auf die Anpassungszwänge ist die Rückkehr der Nationalismen in die europäische Politik«, so Gabriel. dpa/nd

Kommentar Seite 4

Union ignoriert Oppositionsrechte

Obwohl ihr der Posten zusteht, soll die LINKE nicht die parlamentarische Geheimdienstkontrolle leiten

Die Große Koalition hat der Opposition im Bundestag zu Beginn dieser Legislaturperiode widerstrebend einige Rechte eingeräumt. Nun demonstrieren sie ihre erdrückende Macht.

Von Aert van Riel

Die Koalitionsfraktionen wollen den Einfluss der Opposition im Parlamentarischen Kontrollgremium (PKGr) für die Geheimdienste einschränken. Durch eine Änderung der Geschäftsordnung, die in den nächsten Wochen erwartet wird, soll Clemens Binninger (CDU) Vorsitzender des Gremiums bleiben. Eigentlich steht dieser Posten ab Beginn des kommenden Jahres dem LINKE-Politiker André Hahn zu.

Dieser zeigte sich im Gespräch mit »nd« empört über die Pläne zur Abschaffung des Minderheitenrechts, die vor allem von der Union ausgehen. »Die Regelung, dass der Vorsitz im PKGr jährlich zwi-

schen der stärksten regierungstragenden Fraktion und der größten Oppositionsfraktion wechselt, besteht schon seit 18 Jahren, also seit es das Gremium in dieser Form gibt«, erklärte Hahn. Außerdem hätten Prüfungen der Linksfraktion jüngst ergeben, dass es eine vergleichbare Änderung zulasten der Opposition innerhalb einer Legislaturperiode im Bundestag noch nie gegeben hat.

Das geheim tagende Parlamentarische Kontrollgremium beschäftigt sich mit der Arbeit des Bundesnachrichtendienstes, des Bundesamts für Verfassungsschutz sowie des Militärischen Abschirmdienstes. Die Bundesregierung ist formell dazu verpflichtet, das Gremium umfassend über die allgemeinen Tätigkeiten der Geheimdienste und über Vorgänge von besonderer Bedeutung zu unterrichten. Die Realität sieht aber oft anders aus.

Warum die Union nun verhindern will, dass Hahn wie bereits im

Jahr 2015 erneut den Vorsitz des neunköpfigen PKGr übernimmt, liegt auf der Hand. Im Jahr der Bundestagswahl kann es für die Konservativen von Vorteil sein, einen unliebsamen Oppositionspolitiker von einem wichtigen Posten im Parlament fernzuhalten. Inhaltliche Kritik an Hahns Arbeit war bislang von den Kollegen im Kontrollgremium zwar nicht zu hören. Aber er ist als scharfer Kritiker der Geheimdienste bekannt. In der Vergangenheit hatte Hahn öfter erklärt, dass die Dienste zu intransparent seien und überwunden werden müssten.

Grundlage für die nun geplante Geschäftsordnungsänderung ist das kürzlich geänderte PKGr-Gesetz, das bald in Kraft tritt. Es fehlt noch die Unterschrift von Bundespräsident Joachim Gauck. Demnach kann künftig die Mehrheit im Gremium den Vorsitzenden wählen. Dabei wird die Union auf die Unterstützung der SPD angewiesen sein. Theoretisch gibt

es auch eine knappe rot-rot-grüne Mehrheit im PKGr. »Ich hoffe, dass die SPD hier mal Rückgrat zeigt und die Pläne der Union ablehnt«, sagte Hahn. Allerdings sind die Sozialdemokraten zumindest noch einige Monate an die Große Koalition gebunden. Wenn sie in der Frage, wer Chef des Kontrollgremiums werden soll, auf Konfrontationskurs zu ihrem großen Partner gehen würden, wäre dies zweifellos eine Überraschung.

Lesen Sie heute im Ratgeber

- Pilotenstreik – die Rechte der Fluggäste
- Rauchwarnmelder – Mieter tragen Kosten
- Steuern – Ausblick auf Änderungen 2017

ISSN 0323-3375



Seite 2